

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expeditio:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein, und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 195.

Dresden, Montag den 24. August 1908.

19. Jahrg.

Friedensdemonstration der englischen und deutschen Arbeiter.

Die englische Arbeiterpartei hat, wie schon mitgeteilt worden ist, den Beschluß gefaßt, eine Anzahl Delegierter nach Deutschland zu senden, um der deutschen Arbeiterschaft einen Besuch abzustatten und mit ihr gegen die Kriegstreiber in England und Deutschland zu protestieren. Der Beschluß soll in der zweiten Hälfte des September zur Ausführung gelangen. Am Sonntag den 20. September wird in Berlin eine große, vom Ausschuß der Gewerkschaftskommission und vom Aktionsausschuß der Partei gemeinsam einberufene Vollversammlung stattfinden, in der eine aus 20 Personen bestehende Deputation englischer Arbeiterführer eine Adresse der Arbeiter Großbritanniens an die Arbeiter Deutschlands überreichen wird. In dieser Adresse wird Stellung genommen gegen die Kriegshetze. Das Manuskript ist unterzeichnet von 50 Parlamentariermitgliedern und 2000 Leitern von Gewerkschaften, Gewerkschaften, Krankenkassen und anderen Organisationen.

Mit der Arbeiterschaft Berlins wird die Arbeiterschaft des ganzen Deutschland die englischen Freunde aufs herzlichste willkommen heißen zu einer Kundgebung, die in der gegenwärtigen Zeit der internationalen Verständigung und Forderungen von größter Bedeutung ist. Es ist ein ebenso kluger wie entzückender Entschluß der englischen Arbeitervertreter, dem deutschen Volk einbringlich zu zeigen, wie weit die hier zu Lande übliche Englandbegeisterung sich von der Wahrheit entfernt. Die Berliner und die deutsche Arbeiterschaft mögen den englischen Gästen den Beweis erbringen, daß sie gleichfalls entschlossen sind, alles zu tun, um den Frieden zwischen den beiden Völkern zu erhalten und um den friedensliebenden Beiträgen der herrschenden Klassen entgegenzutreten.

Es kennzeichnet die Unwissenheit und das Angeficht unserer alldeutschen Presse, wenn sie dieses bedeutungsvolle Ereignis, das zweifellos seine Schatten auch auf die Nürnberger Parteitagswoche vorauswerfen wird, mit trübseligem und wunden Kommentaren dieser Art einleitet: „Dadurch dürfte der Weltfrieden gesichert sein!“ „Nun wird ja das deutsch-englische Verhältnis sicherlich in schönster Ordnung kommen.“ Woher mit solchen Bemerkungen gefaßt sein soll, daß das arbeitende Volk Deutschlands nicht dazu da sei, seine Anschauungen zur Weltung zu bringen, sondern nur dazu, willenlos zu zahlen und zu bluten, kommt wenigstens die Gesinnung dieser Herren treffend zum Ausdruck. Aber als „Realpolitiker“, die sie ja sein wollen, müssen sie eigentlich bedenken, daß die englischen Arbeiter das nicht sind, was die deutschen Arbeiter nach den alldeutschen Wünschen sein sollen. Jeder, der die Entwicklung der parteipolitischen Verhältnisse Englands mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt, muß damit rechnen, daß die englische Arbeiterpartei in wenigen Jahren vollständig in der Lage sein wird, über Krieg und Frieden in Europa zu entscheiden. Von dem Besuch der englischen Arbeiter in Berlin wird es zum guten Teile abhängen, ob das englische Proletariat die optimistische Auffassung Keir Hardies und Mac Donalds teilen wird, die von den deutschen Kameraden eine wirksame Unterstützung der Friedenspolitik erwarten, oder ob es sich zu Handmans und Blatchfords unheilvoller Anschauung befehrt, die kein Ende mehr sieht, denn ein Ende mit Schrecken und die darum die Völker Westeuropas aufrecht zum Schutze ihrer Kultur und ihrer bürgerlichen Freiheiten vor der hölzernen Götzen.

Das Berliner und das deutsche Proletariat will die Friedensboten der englischen Arbeiterschaft nicht so heimfenden, wie die deutsche Regierung den Repräsentanten des englischen Abstraktionsgedankens, Lloyd George. Auch jene kommen nicht bloß, um Worte zu hören, sondern um Taten zu sehen, und sie wollen die Berücksichtigung mit nach Hause nehmen, daß nicht bloß die englische, sondern auch die deutsche Arbeiterdemokratie Waffen besitzt, um die Regierung zum Frieden zu zwingen. So verweist der bevorstehende Besuch der Engländer die deutsche Arbeiterklasse auf wichtige und verantwortungsvolle Aufgaben, sicher die weitest wichtigen und verantwortungsvollsten, die sie in diesem Augenblick zu erfüllen hat.

Einige Bismarck-Erinnerungen

veröffentlicht v. v. Polzinger in der Neuen Freien Presse. Die Veröffentlichung beschäftigt mancherlei Episoden des Bismarckschen Tuns und wirft ganz interessante Streiflichter auf das Verhältnis zum jetzigen Kaiser, auf die Verwendung des Welfenfonds, auf den Fall Bismarck gegen den Nachfolger Caprivi, auf sein Millionärsgeldungsideal. Insbesondere wird durch diese Veröffentlichung in klassischer Weise bestätigt, welche Absichten mit den Februarverträgen vom Jahre 1890 verfolgt wurden. Aber die Sozialdemokraten ließen sich freilich nicht fangen wie Mäuse sich mit Speck in eine Falle locken lassen. Ebenso bestätigt Bismarck seine andauernde Zärtlichkeit für das gewalttätige Ausnahmegesetz, dessen Verhängung ihn für alle Zeit unter die reaktionären und brutalsten Gestalten der Geschichte stellt. Polzinger erzählt unter anderem von einem Gespräch im Mai 1894:

„Ich erzählte, daß der Finanzminister Miquel sich mir gegenüber in begeisteter Weise über Bismarck ausgesprochen und nicht minder kompathisch über seinen Erbsöhnen. „Ja“, erwiderte Bismarck, „ich hätte ihn gerne genommen, aber er war immer ein Waffner, auf dessen Grund ich nicht stehen konnte. Als er mir seine Theorie von dem Eigentum am Walde vorlegte (Baugigentum), wandte ich ihm ein, daß was alles gut sein, aber dann schafften Sie uns auch wieder die alten Deutschen zur Stelle, mit den Tieren usw. An meinem Grundstücke, Millionen zu züchten — was Miquel gewiß nicht tut — halte ich fest. Wie unüberlegt war doch Caprivis Rennerung, worin er sich rühmte, kein Ur zu besitzen.“ Ich charakterisierte Caprivis Talentlosigkeit für den gegebenen Posten. Das einzige, was ich Gutes von ihm zu sagen wußte, ist, daß er fleißig ist. „Das hätte ich nicht angenommen“, erwiderte Bismarck. „Wenn ich sehe, daß er stundenlang im Reichstag sitzt und über Japansich spricht, so muß ich sagen, er verdient keine Zeit schlecht an. Wenn ich im Reichstag war, habe ich immer dort gearbeitet, wenn ich nicht zum Sprechen gerufen war. Er ist ganz schlecht beraten durch Göring (Vorf des Reichstages), der erbiten war, weil ich zu der Überzeugung kam, daß er die zu seiner Beförderung auf einen höheren Posten nötigen Eigenschaften nicht besaß. Caprivi ist kein Praktiker, er hat zu lange von der Rheinromantik leben müssen, um nicht von Witznuit gegen den Reichstag befreit zu sein.“

Ich lenkte die Rede auf die Bismarck einige Tage vorher von mir eingeleitete Broschüre, betitelt Caligula, eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn in der Gesellschaft, Monatschrift für Kunst, Literatur und Sozialpolitik.

Bismarck: „Was ist der Verfasser?“
Er ist, bemerkte ich, Professor in München, Herausgeber der Deutschen Reichsboten des 15. Jahrhunderts und der deutschen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft.“ (Kuibbe).

„Ich habe das Buch“, bemerkte Bismarck, „sofort gelesen; es ist mit Geschick geschrieben, bis auf den Schluß. Was halten Sie davon?“
Ich erwiderte, der Gehalts, den Kaiser durch ein antikes Vorbild zu veranschaulichen, sei nicht neu.

„Er hätte“, warf Bismarck ein, „die Abstammung gewisser Worte durch geliperten Druck unterlassen sollen.“ Und nun charakterisierte Bismarck den Kaiser, doch ohne Bitterkeit. „Es wäre ihm mehr Geduld zu wünschen, am Stubierisch zu sitzen. Schlimm ist es, daß er Günstlingen folgt, Dinkpeter, Douglis und Konstantin. Er kann den Augenblick, da er als der große Weltbeherrscher dasteht, nicht erwarten. Auch die Arbeiterproklamationen, die eigentlich den Antich zu unserer Trennung gegeben haben, gehören in dieses Kapitel. Der Kaiser verlor sich davon goldene Berge, ich sagte, nachdem ich das Schlimmste daraus entnommen hatte: Das beste ist — so sagte ich ihm — Rasiermesser greifen und werfen die Stücke ins Feuer. Er aber ließ sich nicht überreden, glaubte, damit die Sozialdemokraten wie mit dem Speck die Hand zu fangen, und wünschte, dieselben sollten sofort in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und im Reichsanzeiger veröffentlicht werden. Mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes hätte es eine ähnliche Bewandnis. Ich sagte dem Kaiser, wenn Sie den Mut haben, bereinigt bis an die Stiefel im Bürgerdiat zu waten, dann haben Sie das beste auf. Andernfalls lassen Sie es bei dem Prädikament.“

Polzinger brachte das Gespräch auf den Minister Böttcher und den Welfenfonds. Bismarck erzählt hierüber:

„Als die Schuldenlast Böttchers drückte, wahrscheinlich weil die Bankiers ungeduldig wurden, beichtete er mir, was auch ganz in der Ordnung war, da Bismarck, welche Schulden haben, besonders Wechsel-schulden, im Grunde nicht mehr bezahlen dürfen und, wenn sie nicht freiwillig gehen, durch Disziplinarmittel aus dem Amt entsetzt werden müssen. Ein Beamter, zumal in so hoher Stellung, in Abhängigkeit von Geldleuten ist ganz unüblich. Ich sahnte also die Schuldenlast unter Inanspruchnahme des Welfenfonds, weil Böttcher mir brauchbar erschien, das heißt, einen Lauenburger, den ich ihm gab, vornehmlich in kleine Münze umzuwechseln verstand. Ich denke darüber heute noch ganz ebenso wie damals vor vier Jahren.“

Ich fragte Bismarck, ob er mir nicht den Schleiter über die Verwendung des Welfenfonds etwas läßt möchte. „Hierüber sind“, bemerkte Bismarck, „gemeinlich ganz falsche Ansichten verbreitet. Die deutsche Presse, die als der hauptsächlichste Kostgänger angesehen wird, hat davon höchstens fünf Prozent bezogen. Mir stand in ständiger die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zur Verfügung, der ich stückweise Mitteilungen zuschicken lassen konnte, wenn dies auch oft nur in längeren Zwischenräumen der Fall war. Der Reichskanzler braucht bei der Presse nicht zu bestehen. Die Zeitungen drängen sich an ihn heran wegen der ihnen von dem Auswärtigen Amt zustehenden wertvollen Informationen. In der Regel sind dies die Neugierigen dafür, daß sie die Politik der Regierung verteidigen. Große Summen aus dem Welfenfonds verhängen dagegen unreife auswärtige Geldgeschäfte. Mit einigen Tausend erreicht man nichts, aber mit 50000 bis 80000 Mark kann man im Ausland so manches durchsetzen. Sehr viel erzählt der Kriegsminister, der die Gelder zum Teil dazu verwendet, um mich zu überreden.“

Politische Uebersicht.

Die Trennung der Kirche vom Staate in der Schweiz.

Von unserem Korrespondenten.

Z. Basel, 20. August.

Die Trennung der Kirche vom Staate in Genf hat jenseit der Diskussion über diese Frage auch in mehreren anderen Kantonen in Fluß gebracht, aber sie ist bis auf Basel resultatlos verlaufen. Die sozialistischen Parteien, deren Zahl sich stets vermehrt, sind wohl meistens Gegner der Trennung, weil dann die Kirche erst recht der Herrschaft der Reichen ausgeliefert und kein Raum mehr für Sozialdemokraten in ihr sein würde, während beim heutigen Zustand auch die Kirche in den Dienst des Sozialismus gestellt werden könne. Ueber diese Auffassung kann man sehr verschiedener Ansicht sein; in Basel war es die sozialdemokratische Fraktion des Großen Rates, die die Initiative zur Trennung ergriff und zunächst erreichte, daß die Regierung einen bezüglichen Auftrag erhielt. In Ausführung desselben hat sie nun dem Großen Rate eine Vorlage unterbreitet, die im wesentlichen folgendes bestimmt:

Die reformierte und die christlich-katholische Kirche des Kantons gelten als öffentlich-rechtliche Personlichkeiten. Sie ordnen ihre Verhältnisse selber, bedürfen aber — ausgenommen bei rein kirchlichen Bestimmungen — für ihre Verfassung und ihre allgemeinen Erlasse der Genehmigung des Regierungsrates. Die reformierte und die christlich-katholische Kirche verwalten ihr Vermögen selbständig unter Oberaufsicht des Regierungsrates. Sie sind berechtigt, im Bedarfsfalle Kultussteuern von ihren Angehörigen zu erheben. Ihre Steuerklasse sind der regierungsrätlichen Genehmigung zu unterbreiten. Alle übrigen Kirchen stehen unter den Grundätzen des Privatrechts. Die Bestimmungen des Bundes und der Kantonsverfassung bleiben vorbehalten. Mit Ausnahme der Ausgaben für den Dienst der Geistlichen an den öffentlichen Spitälern, Schulen, Gefängnissen, Waisen- und Zwangsjugendanstalten dürfen eigentliche Kultuszwecke aus Staats- und Gemeindefonds nicht unterstützt werden. — Die neuen Bestimmungen sollen am 1. Januar 1910 in Kraft treten. Mit diesem Tage fallen alle Ausgaben für Kultuszwecke aus dem Staatsbudget weg, mit Ausnahme der Pensionen und der Besoldungen der Kirchenbeamten bis zum Ablauf ihrer Amtsdauer. Der Regierungsrat hat auf den nämlichen Zeitpunkt der christlich-katholischen Kirche die Predigerkirche mit dem dazugehörigen Pfarrhaus als Eigentum abzutreten und ihr ferner vom 1. Januar an 150 000 Frank in drei Jahresraten aus allgemeinen Staatsmitteln zuzuwenden. Der römisch-katholischen Gemeinde wird vom Regierungsrat auf 1. Januar 1910 an der Klarikirche ein höchst persönliches Nutzungsrecht zu Kultuszwecken nach Maßgabe des schweizerischen Zivilgesetzbuches unentgeltlich zugesichert. Aus allgemeinen Staatsmitteln werden der römisch-katholischen Gemeinde 150 000 und der israelitischen Gemeinde 15 000 Frank zugewiesen.

Das Gesetz unterliegt nach seiner parlamentarischen Erledigung natürlich noch der Volksabstimmung. Da aber mit den Sozialdemokraten auch die Katholiken für die Trennung eintreten, weil sie in Basel keine wertvollen staatlichen Privilegien besitzen, ferner voraussichtlich auch ein Teil der Freisinnigen, so dürfte auch hier die Trennung der Kirche vom Staate beschlossen werden und sich mit diesem Fortschritt Basel als zweiter Kanton Genf anreihen.

Abdul Asis geschlagen.

Vor wenigen Tagen noch meldeten Nachrichten, die meist französischen Quellen entstammten, von überraschenden Erfolgen Abdul Asis. Jetzt hilft kein Beugnen mehr: Abdul Asis ist geschlagen worden; er hat eine so empfindliche Niederlage erlitten, daß sie das Ende seiner Sultanherrlichkeit bedeutet. Ueber der französischen Seite noch die französische Freundschaft haben verhindern können, daß Rulies Kapitulation triumphierte. Wenn sich auch die Meldung, Abdul Asis sei gefangen genommen worden, nicht bestätigt, so steht doch fest, daß er seiner letzten Hilfsmittel beraubt und daß jede Möglichkeit eines neuen Erfolges ausgeschlossen ist.

Rulies Kapitulation ist Herr der Situation. Vor nicht allzu langer Zeit fand die türkische Gesandtschaft in Europa noch verschlossene Türen, überall wurde ihr der „offizielle“ Empfang verweigert. Jetzt wird den Abgeordneten kaum etwas anderes übrig bleiben, als Rulies Kapitulation anzuerkennen. Im englischen Parlamente wurde nach der Abweisung der Gesandten Rulies Kapitulation erklärt, England könne nicht zwei Sultane zugleich als Herrscher über Marokko anerkennen; nun Rulies Kapitulation in Wahrheit der einzige Sultan ist, wird es mit seiner Anerkennung nicht zögern.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Rulies Kapitulation nach Komplikationen zu überwinden hat, ehe von einer endgültigen Beruhigung Marokkos die Rede sein kann. Für die französischen Kolonialpolitiker bedeutet aber der Erfolg eine unerwartete große Schwierigkeit, und sie werden Mühe haben, Mittel und Wege zu finden, ihre Marokkopläne nach der neuen Wendung der Dinge erfolgreich weiter durchzuführen.

Folgende Meldungen über den Entscheidungsmampf zwischen Rulies Kapitulation und Abdul Asis liegen vor:

Tanger, 22. August. Hier ist die Meldung eingetroffen, daß die Mahalla des Sultans Abdul Asis 60 Kilometer vor Marzouf durch El Ghaui vollkommen geschlagen worden ist. Der Sultan selbst ist entkommen. In dem noch zu Tanger gehörenden Gebiete am Katen Berg hat ein Zusammenstoß zwischen einer Truppenabteilung des Rulies und einer Kapitulation, aus Andhera-Leuten gebildeten Mahalla stattgefunden. Hierbei wurden der Rulies-Leute getötet und drei schwer verwundet. Die Soldaten des Rulies sind zum Feinde übergegangen.

Das organische Leben in der Stellvertreterregion